

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
18A041515 E



STEIRISCHE



Volksstimme

www.kpoe-steiermark.at

Ausgabe 1b März 2019 • Informationsblatt der steirischen KPÖ • Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt • RM 18A041515 E

REGIONALMEDIUM DER STEIRISCHEN KPÖ

Sorge um medizinische Versorgung

Unmut wächst

Seite 4-5



AK
WAHL

28. MÄRZ – 10. APRIL

**Konsequent
für Gerechtigkeit!**

LISTE 5



GLB-KPÖ

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK – KPÖ

www.glb-kpoe.at

GLB-KPÖ BEI DER ARBEITERKAMMERWAHL (28. MÄRZ BIS 10. APRIL) „Faule Kompromisse gibts m

Die Arbeiterkammer ist die gesetzliche Vertretung der Arbeiter und Angestellten. Sie vertritt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber der Politik und der Wirtschaft und ist zugleich Serviceeinrichtung für ihre Mitglieder. Das Grazer Stadtblatt sprach mit GLB-KPÖ-Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger über die AK-Wahlen, die vom 28. 3. bis zum 10. 4. 2019 stattfinden. Derzeit ist der GLB-KPÖ mit vier Mandaten in der AK vertreten.

LISTE 5



ZITIERT

„Wir werden unsere inhaltslose Politik weiter konsequent fortsetzen.“ Martin Sonneborn, Die PARTEI, über seinen Europawahlkampf. Mitteldeutsche Zeitung, 4.2.2019.

„Der König macht die Tour de France“. Über die Versuche von Präsident Macron, die Proteste zum Erliegen zu bringen. Junge Welt, 8.2.2019.

„Die Linke war immer dann erfolgreich, wenn Sie schonungslos die sozialen Verhältnisse angesprochen hat. Niemand braucht eine Sozialdemokratie, die ihre Augen vor den Exzessen des Kapitalismus verschließt und nur über Toleranz und sprachliche Diskriminierung redet.“ Nils Heisterhagen, Der Standard 8.2.2019.

„Die EU hat in den letzten Jahren gezeigt, dass sie ein neoliberales Projekt ist, dass sie die sozialen und die Arbeitnehmerrechte nicht würdigt. Sie hat die Tore für die Privatisierung von Dienstleistungen weit geöffnet.“ Andreas Wehr, 7.2.2019.

Stadtblatt: Ab Ende März finden die steirischen AK-Wahlen statt, wie ist der GLB aufgestellt?

Kurt Luttenberger: Wir sind die Liste 5 bei der Arbeiterkammerwahl: „GLB-KPÖ“. Mit **Hilde Tragler** (Betriebsrätin Magna Fahrzeugtechnik Graz), **Uwe Süß** aus Leoben (Betriebsrat bei Voestalpine-Stahl-Donawitz), **Gerhard Simbürger** (Stahl-Judenburg) und mir haben wir ein Team, das die Welt der Arbeit sehr gut kennt.

Warum ist es wichtig, zu dieser Wahl zu gehen?

Viele arbeitende Menschen sind angesichts der jüngsten Verschlechterungen durch die schwarz-blaue Bundesregierung frustriert. Doch gerade jetzt ist es wichtig, das Wahlrecht bei der Arbeiterkammerwahl zu nützen. Die Arbeiterkammer hat

die Möglichkeit, soziales Unrecht aufzuzeigen und Druck auf die Regierung auszuüben. Allein eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Position der Arbeiterkammer.

Warum sollte man den GLB-KPÖ wählen?

Die Kandidatinnen und Kandidaten des GLB-KPÖ sind glaubwürdig und schwimmen nicht mit dem Strom. Das wissen viele und schätzen unsere Fraktion genau dafür. Wir setzen uns konsequent für die Rechte der Beschäftigten ein, ob das in der AK ist oder als Betriebsräte in den Betrieben. Nehmen wir zB. **Hilde Tragler**. Für die Rechte ihrer Arbeitskollegen kämpft sie wie eine Löwin. Kein Problem ist ihr zu klein, keine Herausforderung zu groß. Als Betriebsrätin kümmert sie sich um alle Probleme in der Kollegenschaft. Faulen Kompromissen in Kollektivverträgen hat sie als Mitglied im Vorstand der Metaller-Gewerkschaft nie zugestimmt.

Wie wirkt der GLB in der Arbeiterkammer?

Der GLB ist die Fraktion in der Arbeiterkammer, die auch unangenehme Themen anspricht, bei denen andere „abtauchen“,

weil sie loyal gegenüber der Linie ihrer Fraktion in der Landes- oder Bundesregierung sein wollen. So ist es schon vorgekommen, dass Vertreter anderer Fraktionen, die sowohl in der AK als auch im Landtag sitzen, bei wichtigen Anträgen – zum Beispiel als es um Abschaffung des Pflegeregresses ging – in der AK dafür, im Landtag aber dagegen gestimmt haben. So ein Verhalten ist bei Vertretern des GLB-KPÖ nicht denkbar.

Darum also den Linksblock wählen?

Ja, denn bei sozialen Ungerechtigkeiten erheben wir unsere Stimme und zeigen Alternativen auf. Wer bei der kommenden AK-Wahl nicht die Funktionäre jener Parteien stärken will, die für die jetzige Lage verantwortlich sind, wer eine starke Stimme für Gerechtigkeit in der AK will, die auch einmal auf den Tisch haut, unterstützt die Liste 5 GLB-KPÖ. Eine Stimme für den GLB ist ein Denkkzettel gegen die herrschende Politik der Lohnkürzungen, des Leistungsdrucks und des Sozialabbaus.

Was dürfen die Arbeiter erwarten, wenn der GLB-KPÖ in der AK gestärkt wird?

Arbeiterkammer-Wahlen von 28. März bis 10. April –

Wer ist wahlberechtigt?

Alle AK-Mitglieder, die zum Stichtag (19.12.2018) umlagepflichtig waren – also ein Verdienst aus Arbeit bekommen haben.

Arbeitsuchende, geringfügig Beschäftigte, Karenzierte, Lehrlinge, Präsenz- und Zivildienner mit aufrechter Arbeitsverhältnis nur dann, wenn sie sich in die Wählerliste haben eintragen lassen.

Wann wird gewählt?

Zwischen 28.3. und 10.4.2019

Wo und wie kann ich wählen?

Im Betrieb

In vielen Unternehmen ist es möglich, direkt im Betrieb zu wählen (Infos und Aushänge beachten!).

Per Brief

Wenn es direkt im Betrieb kein Wahllokal gibt, werden Ihnen Wahlunterlagen zugeschickt. Sie

können Ihre Stimme dann ganz einfach per Post (Achtung: Poststempel spätestens vom letzten Wahltag) abgeben oder

Persönlich

in der Arbeiterkammer in Graz, Hans-Resel-Gasse 8-14 (=Wahllokal) oder einer der AK-Bezirkstellen (akstmk.at) wählen.

Wen wähle ich bei der AK Wahl?

Das sogenannte „Arbeiterparlament“, die Arbeiterkammer-

PRIL) "it uns nicht"

Kurt Luttenberger, Spitzenkandidat der Liste 5 – KPÖ-GLB.



Die Stimme für soziale Gerechtigkeit wird lauter und kämpferischer. Wir wollen, dass die AK nicht nur in Fragen des Konsum-

menten- und Rechtsschutzes stark ist, sondern auch zu einer ernstzunehmenden politischen Größe wird.

so geht's: Daten und Fakten

Vollversammlung. Ihre Mitglieder sind die Kammerrätinnen und Kammerräte. Sie wählen wiederum aus ihren Reihen die AK-Präsidentin oder den AK-Präsidenten in ihrem Bundesland.

Fragen zur AK-Wahl beantworten wir gerne:
Tel. 0681/10 51 77 00.

Achtung! Wer schon jetzt weiß, dass er zu den Wahlzeiten nicht im Betrieb ist, kann bis 22. März 2019 auf elektronischem Weg (Download „Wahlkartenantrag

für Betriebssprengelwähler“) oder bis 25. März 2019 persönlich im Wahlbüro, AK Steiermark, 1. Stock, Hans-Resel-Gasse 6-14, 8020 Graz, eine Wahlkarte beantragen (Tel. 05-7799-2576, Mail: wahlbuero@akstmk.at) bzw. Bezirksstelle der AK) und damit per Brief oder im öffentlichen Wahllokal wählen.

GLB-KPÖ
GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK – KPÖ

KOMMENTAR

KPÖ im Landtag

Wer kämpft für Gesundheit und Pensionen?



Die Wiedereinführung des 12-Studentags, die drohende Erhöhung des Pensionsantrittsalters, die ständigen Einschnitte ins Gesundheitssystem: Wer garantiert eigentlich, dass der Sozialstaat nicht zerstört wird?

Es gibt mächtige Stimmen, die sich für eine Privatisierung des Pensions- und Gesundheitssystems einsetzen. Damit lassen sich Milliarden verdienen. In vielen Ländern ist das längst Realität. Wer nicht genug Geld hat, kann nicht einfach zur Untersuchung gehen. Und in vielen Ländern ist es normal, im Supermarkt oder in der Tankstelle von Menschen bedient zu werden, die das 70. Lebensjahr längst überschritten haben.

Dass das in Österreich noch weitgehend anders ist, ist nicht einfach vom Himmel gefallen. Es ist das Ergebnis einer starken Vertretung der arbeitenden Menschen,

die jahrzehntelang dafür gekämpft hat, dass von dem, was alle erwirtschaften, auch alle etwas haben.

Leider scheinen das viele zu vergessen. Manche Parteien bekommen von den Lobbyisten der Privatisierung Spenden. Diese erwarten sich eine Gegenleistung. Aber wer kämpft eigentlich für ein gerechtes Pensionssystem und für ein leistungsfähiges öffentliches Gesundheitssystem? Es ist sehr wichtig, dass in allen Bereichen – vom Gemeinderat bis in die Parlamente – Menschen vertreten sind, die sich dafür einsetzen. Wenn es um die Grundpfeiler unseres Lebens geht – Gesundheit, die Rechte der arbeitenden Menschen, Pensionen und Bildung –, darf es keine faulen Kompromisse geben.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

KLEIN, aber MIT BISS



Ostergeschenk für die Wirtschaft: Wer den Karfreitag begeht, muss jetzt einen Urlaubstag nehmen. Das senkt die Kosten.

Volksbegehren: Eintragungswoche

Zwei Volksbegehren liegen von 25. März bis 1. April zur Unterzeichnung auf: 1. für eine CETA-Volksabstimmung. 2. für verpflichtende Volksabstimmungen.



Sorge um medizinische Versorgung

Die KPÖ kämpft gegen die voranschreitende Ausdünnung der medizinischen Versorgung in der gesamten Steiermark außerhalb von Graz. Eine Reihe von Krankenhäusern und Abteilungen wird geschlossen, Anfahrtswege werden immer länger. Und ab April gibt es in der Nacht keinen Bereitschaftsdienst mehr.

Der Ärztebereitschaftsdienst wird ab 1. April 2019 komplett umgestellt. Statt 92 Sprengel wird es nur mehr 24 in der ganzen Steiermark geben. In der Nacht wird es von 24 Uhr bis 7 Uhr früh außerhalb von Graz weder wochentags noch am Wochenende einen ärztlichen Bereitschaftsdienst geben.

Ein Arzt für 60.000

Die Anfahrtswege zu den Patienten werden also deutlich länger. Ab Mitternacht bleiben nur noch die Rettung und das

Gesundheitstelefon 1450. Von den Änderungen werden etwa 900.000 Steirer betroffen sein. 60.000 Menschen werden in manchen Sprengeln künftig von einem einzigen Arzt versorgt.

Es gibt schwere Bedenken, ob so die Grundversorgung aufrecht erhalten werden kann. Viele Ärzte haben erklärt, nicht an diesem neuen Bereitschaftsdienst teilnehmen zu wollen. Die Anfahrtswege würden nämlich drastisch größer, das sei gerade bei Notfällen – und um diese handle es sich ja gerade – problematisch. Die KPÖ hat am 12. Februar deshalb eine Dringliche Anfrage an Gesundheitslandesrat Drexler (ÖVP) gestellt. Dieser meinte, das neue System werde „einigermaßen gut funktionieren“, andernfalls werde man Änderungen durchführen.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Die Landesregierung führt die ländlichen Regionen der Steiermark sehenden Auges in eine medizinische Unterversorgung. Die

Gesundheitspolitik wird immer mehr zur Mangelverwaltung. Was in unserem Bundesland passiert, ist riskant. Wir müssen wieder in die Zukunft unseres Gesundheitssystems investieren, statt die Versorgung in den Regionen auszuradieren.“

Schließungen in den Bezirken Liezen und Leoben

Im flächenmäßig größten Bezirk Österreichs, Liezen, sollen alle drei öffentlichen Spitäler geschlossen und durch einen einzigen Neubau ersetzt werden. Eine Volksbefragung dazu findet

auf Antrag von KPÖ und FPÖ am 7. April statt. Alternativen zu den Spitalern im Bezirk (Gesundheitszentren) existieren nur auf dem Papier. Trotzdem wurden auch im angrenzenden Bezirk Leoben bereits weitreichende Einschnitte bekannt. Schon im April 2019 werden im LKH Leoben die Unfallchirurgie und die Thoraxchirurgie geschlossen. Die Unfallchirurgie geht nach Bruck, die Thoraxchirurgie nach Graz.

Gegen eine Weiterführung der Abteilungen am LKH Leoben stimmten übrigens SPÖ, ÖVP und Grüne.



Demonstration in Rottenmann für das örtliche Spital.

BEZIRK LIEZEN:

- ▶ **NEIN zur Ausdünnung unserer Regionen**
- ▶ **NEIN zur Privatisierung unserer Spitäler**
- ▶ **NEIN zum Abbau von Spitalsbetten**

Die Schließung bestens funktionierender vorhandener Spitäler zugunsten eines superteuren Neubaus ist Verschwendung von anderswo dringend benötigten Mitteln (hohe Baukosten). Sie leistet einer Privatisierung im Gesundheitswesen Vorschub.

**Wir ersuchen Sie daher höflich:
zur Volksbefragung am 7. April zu gehen**



**und mit
NEIN zur Schließung
unserer Spitäler
zu stimmen.**

Die Landespolitik bevorzugt der Großraum Graz gegenüber dem „Rest“ des Landes – etwa bei der Gesundheitsreform. Die KPÖ wirbt bei der Volksbefragung im Bezirk Liezen für mehr Gerechtigkeit für den ländlichen Raum.

Runter mit den Polit-Bezügen!

Parteienförderung und Politikerbezüge werden großzügig erhöht. Die KPÖ, deren Mandatare von ihren Bezügen höchstens 2300 Euro behalten und den Rest zur Unterstützung von Steirerinnen und Steirern in Notlagen verwenden, forderten im Landtag deshalb eine Senkung um 30 Prozent. Die KPÖ ist damit aber allein geblieben: SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne stimmten immer

gegen den Vorschlag. „Wer aus dem Vollen schöpft, kann nicht mehr abschätzen, welche Folgen politische Entscheidungen für diejenigen, die mit einem durchschnittlichen Einkommen das Auslangen finden müssen, haben. Deshalb soll es bei den Polit-Bezügen ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen geben“, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg.

Schaden für die Regionen

Im Gesundheitssystem wird kräftig „gespart“. Wir haben dazu drei Fragen an die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg gestellt.

Immer wieder hört man, Kürzungen im Gesundheitsbereich seien unausweichlich. Wie sieht das die KPÖ?

Claudia Klimt-Weithaler: *Die viel zitierte Kostenexplosion findet gar nicht statt. Der Anteil der Gesundheitskosten an den Staatsausgaben in den letzten Jahrzehnten ist nur sehr leicht angestiegen – und das trotz einer alternden Bevölkerung.*

Welche Auswirkungen hätte die Schließung der Spitäler in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming?

Werner Murgg: *Neben der Ausdünnung der Gesundheitsversorgung sind auch viele Arbeitsplätze betroffen. Ein Krankenhaus besteht nicht nur aus medizinischem Personal. Es gibt auch Techniker, eine Küche, eine*

Interview mit den KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg: „Gesundheitspläne werden in einem Büro in Graz ausgedacht.“

Reinigung und viele Bereiche, die daran angeschlossen sind. Das alles würde verloren gehen.

Die Argumente für eine Schließung sind aus Ihrer Sicht also nicht nachvollziehbar?

Werner Murgg: *Niemand ver-*

langt, dass es überall jede Spezialisierung gibt. Aber eine interne Abteilung, eine Geburtsstation, eine Chirurgie sollte einfach schnell erreichbar sein.

Claudia Klimt Weithaler: *Viele der Gesundheitspläne der Landesregierung haben mit der Re-*

alität wenig zu tun. Sie werden in einem Büro in Graz ausgedacht, aber ob die Konzepte auch im ländlichen Raum funktionieren, wo die Anfahrtswege und die Bedürfnisse oft ganz andere sind, ist sehr zu bezweifeln.



Ärztlemangel

Murtal: Nur ein Frauenarzt für 35.000 Frauen

Der Mangel an Ärzten trifft die Steiermark stark. So steht für mehr als 35.000 Frauen im Bezirk Murtal nur ein Frauenarzt mit Kasernenvertrag zur Verfügung. Der ist natürlich überlastet und nimmt keine Patientinnen mehr. Es gibt auch zu wenig Kinderärzte. Im Bereich der Allgemeinmediziner steht eine große Pensionierungswelle bevor.

Der bestehende Ärztemangel wird sich also noch verschärfen. Die Menschen bezahlen die Zeche für die Versäumnisse der letzten Jahre.

Auch die Wartezeiten auf Facharzttermine sind oft unzumutbar lang und gefährden die Gesundheit der Menschen.

Die „Zwei-Klassen-Medizin“ ist bereits Realität. Menschen die sich einen Wahlarzt bzw. eine Zusatzversicherung leisten können sind bevorzugt. Das ist ein Unrecht. Die bestmögliche medizinische Versorgung muss aber allen Menschen offenstehen, egal wie hoch ihr Einkommen ist.





GLB-KPÖ
GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK - KPÖ

Konsequen

Zwischen 28. März und 10. April 2019 wird die steirische Arbeiterkammer-vollversammlung gewählt. Derzeit haben dort die SPÖ-Gewerkschafter eine übergroße Mehrheit. Der GLB-KPÖ tritt an, damit in der AK für die arbeitenden Menschen was weitergeht.

Wir brauchen Löhne, von denen wir leben können. Wir brauchen sichere Jobs statt Leiharbeit, Befristungen und ständigen Sorgen um den Arbeitsplatz. Und wir brauchen Wohnungen, die wieder leistbar sind.

Die Arbeiterkammer als gesetzliche Interessensvertretung der arbeitenden Leute könnte dazu einen Beitrag leisten und Druck auf die Regierenden machen. Deshalb ist es wichtig, wer in der AK Einfluss hat.

Bei dieser AK-Wahl entscheiden Sie, ob Sie die Funktionäre jener Parteien stärken wollen, die für die jetzige Lage verantwortlich sind, oder ob Sie den Regierenden einen Denkkzettel verpassen möchten.

Wenn Sie eine starke Stimme für Gerechtigkeit in der AK wollen, die auch einmal auf den Tisch haut, dann unterstützen Sie bei der Wahl die **Liste 5 – GLB-KPÖ!**

Wir stellen vor: Kandidatinnen und Kandidaten des GLB-KPÖ



Kurt Luttenberger: Arbeiterkammer-Rat des GLB-KPÖ, Spitzenkandidat

Wir leben in einer Zeit, in der uns die Politik Tag für Tag Verschlechterungen zumutet. Die SPÖ-ÖVP-Koalition sorgt in der Steiermark für die Schließung von Spitälern und die Abschaffung der Wohnbeihilfe, die schwarz-blaue Koalition im Bund führt den 12-Stundenarbeitstag ein, bereitet Verschlechterungen bei der Arbeitslosenversicherung vor und attackiert die Krankenkassen. Da braucht es jemanden, der in der AK dagegen auftritt.



Sener Edepali arbeitet bei Salesianer Miettext

12-Stunden-Tag – Was kommt als nächstes? Nur gemeinsam können wir dagegen ankämpfen. Ich kandidiere für eine kämpferische Kraft in der Arbeiterkammer.



Hilde Tragler: Betriebsrätin bei Magna Graz

Ich kandidiere für den GLB, weil ich die Anliegen meiner Kolleginnen und Kollegen aus unserem Betrieb auch in der AK vertreten möchte. Wenn es um unsere Interessen gegenüber der Politik geht, ist die AK ein wichtiges Sprachrohr für uns.



Philipp Ulrich ist Betriebsrat bei der Lebenshilfe

Die Menschen im Sozial- und Pflegebereich leisten eine hervorragende Arbeit trotz des immensen Arbeitsdrucks. Ich möchte ihnen in der AK eine Stimme geben und klar ausdrücken, dass sich die Arbeit mit Menschen nicht weiterhin an Profiten orientieren darf.



Uwe Süß: Betriebsrat bei Voestalpine Stahl Donawitz

Als einfacher Arbeiter und Betriebsrat kenne ich die Probleme und Sorgen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Angestellten. Ich setze mich gegen Freunderlwirtschaft und Privilegien ein, für die Interessen von uns arbeitenden Menschen und für echte Gerechtigkeit.



Markus Kaufmann arbeitet bei Gigaspport

Ich kandidiere für den GLB, weil es vor allem für den Handel eine gute Vertretung in der Arbeiterkammer braucht.



Sylvia Lammer arbeitet bei Diakonie de La Tour Steiermark

Ich kandidiere für die Liste GLB-KPÖ um bessere Arbeitsbedingungen in meinem Berufsfeld zu erreichen. Als Sozialpädagogin bin ich ständig mit Armut konfrontiert. Aufgabe wäre es, Klienten zu unterstützen ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Diesem Anspruch lässt sich immer weniger gerecht werden. Der GLB-KPÖ zeigt diese Missstände auf.



**Gemeinsam
für Gerechtigkeit!**

nt für Gerechtigkeit!

Tel. 0677/612 538 99 – E-Mail: glb@glb-steiermark.at • Facebook: glbsteiermark

AK
WAHL

28. MÄRZ – 10. APRIL

–KPÖ bei der Arbeiterkammerwahl



Alexandra Hude ist Ersatzbetriebsrätin bei Magna Graz

Wir sollen immer flexibler sein und länger arbeiten. Oft kommt es vor, dass nicht einmal die Gesetze und der Kollektivvertrag eingehalten werden. Da braucht es eine AK, die sich für unsere Rechte einsetzt. Deshalb kandidiere ich für die Liste GLB-KPÖ.



Metin Deveci arbeitet bei Unisan

Unsichere Jobs, schlecht bezahlte Lehrstellen, eine ungewisse Zukunft. Dagegen braucht es für uns Junge eine starke Stimme in der AK.



Gerhard Simbürger ist amtierender Arbeiterkammerrat und arbeitet bei Stahl Judenburg

Leistbares Wohnen statt explodierender Mieten, sichere Vollzeit-arbeitsplätze statt prekärer Jobs, es darf nicht von Jahr zu Jahr schlimmer werden – dafür braucht es eine starke Arbeiterkammer.



Gernot Omerovic arbeitet bei den ÖBB

Die Eisenbahn muss in öffentlichem Eigentum bleiben. Es braucht gute Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen und leistbare Tickets für die Fahrgäste.



Thomas Pierer, arbeitet bei KAGES – LKH Bruck

Gerade für uns Beschäftigte im Gesundheitssystem ist es wichtig, dass in der Arbeiterkammer jene Kräfte gestärkt werden, die gegen die Kürzungspläne der SPÖ-ÖVP Landesregierung auftreten. So wie bisher darf es nicht weitergehen.



Brigitte Syen, arbeitet bei Jugend am Werk

Für die Liste GLB-KPÖ kandidiere ich, weil ich schon lange nicht mehr an die Sozialpartnerschaft glaube. Der ÖGB muss wieder eine Kampforganisation der Arbeiter werden und darf sich bei Verhandlungen nicht ständig über den Tisch ziehen lassen. Ich werde oft gefragt, wozu brauchen wir die AK denn überhaupt noch – Leute, wir brauchen sie mehr denn je und wir brauchen Menschen in der AK, die den Mut haben, sich zu widersetzen.



Miriam Herlicska arbeitet bei Sensorwell

Während die Wohnkosten stark steigen, tun das Löhne nicht. Daher braucht es eine verstärkte Aufnahme des sozialen Wohnbaus und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, um allen Menschen ein sicheres Leben zu ermöglichen.



Friedrich Bayer arbeitet bei der Holding Graz

Trotz jahrelanger Nachtarbeit in der Straßenreinigung erhalten wir keine Schwerarbeitspension. Es braucht in der AK jemanden, der sich für ein besseres Pensionssystem einsetzt.

GLB-KPÖ
LISTE 5

Arbeiterkammer-Wahl

28. März – 10. April 2019



VON DEN ANFÄNGEN DER AK UND WAS SIE BEWIRKT HAT Ein Schritt zur Organisierung der Arbeiter

Am 26. Februar 2020 ist es 100 Jahre her, dass das Gesetz über die Einrichtung von Arbeiterkammern in Österreich beschlossen wurde. Von der Teilnahme an der AK-Wahl 2019 kann es abhängen, ob die Rechte und Möglichkeiten dieser Einrichtung beschnitten werden oder nicht.

Die Arbeiterkammer ist kein Amt, das von oben her eingerichtet wurde. Sie ist – wie die Betriebsräte, der Achtstundentag, das Frauenwahlrecht oder der Mieterschutz – ein Ergebnis der revolutionären Entwicklung beim Sturz der Habsburgermonarchie. Und die Unternehmerseite hat mehr als einmal versucht, diese Errungenschaften zurückzudrängen.

Das Bürgertum hatte bereits im 19. Jahrhundert seine Kammern geschaffen: Die Handelskammer mit Pflichtmitgliedschaft bereits im Revolutionsjahr 1848, die Rechtsanwaltskammer usw. Darin drückte sich auch die Macht einer aufstrebenden Klasse aus. Die arbeitenden Menschen hatten nichts dergleichen. Es gab nicht einmal Betriebsräte. Deshalb kämpfte die Sozialdemokratie in der Monarchie für die

Schaffung von Arbeiterkammern. 1872 wurde von Vertretern des Ersten Allgemeinen Arbeitervereins dem Ministerium des Inneren und dem Reichsrat ein Memorandum überreicht, das die Errichtung von Arbeiterkammern forderte.

Die Regierung lehnte dies zuerst ab und wollte – als der Druck stärker wurde – nur Kammern mit sehr beschränkten Kompetenzen zulassen. Deshalb erklärte der Vereinigungsparteitag von Hainfeld 1889 in einer eigenen Resolution unzweideutig, „dass der Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeiterkammern ... den Anforderungen, welche an eine zweckdienliche Vertretung der Interessen der Lohnarbeiter gestellt werden müssen, weder wirtschaftlich noch politisch entspricht.“ Die Arbeiter hätten an der Errichtung der Arbeiterkammern nur dann ein politisches Interesse, wenn damit „ein Schritt zur Organisierung der Arbeiterklasse geschieht“.

Ein Schutzschild

Erst der Sturz der Monarchie schuf in der Umbruchperiode 1918 -1920 die Voraussetzungen für die Schaffung von Arbeiterkammern, die diesem Zweck dienen konnten. Man hatte Angst davor, dass Österreich dem Beispiel der Oktoberrevolution folgen könnte. Und so waren auch den Unternehmervetretern die Arbeiterkammer lieber als eine Räterepublik. Der Kongress der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften forderte 1919 kategorisch die Errichtung von Arbeiterkammern als „Schutzschild“ für die sozialen Errungenschaften. Am 26. Februar war es dann soweit. Die neuen Arbeiterkammern wurden den Handelskammern (heute Wirtschaftskammer) völlig gleichgestellt. Die AK sollte „den Gewerkschaften ein Apparat sein, die Wirtschaft zu durchleuchten, sozialpolitisch das Gestrüpp der gesetzlichen Einrichtungen zu durchdringen und arbeitsrechtlich alles verteidigen zu helfen“. Die regelmäßigen Wahlen der Vollversammlung machte sie zu einem Arbeiterparlament. Schon in der ersten Republik hatte die KPÖ dort einen gewissen Einfluss. Sie erzielte bei der AK-Wahl 1926 fast 3 Prozent der Stimmen.

Diese starke Rolle der Arbeiterkammer war von

Anfang an im Visier der Rechten. Der Austrofaschismus machte sie deshalb von einem Instrument der arbeitenden Menschen zu einem Teil des Ständestaates. Der spätere Landeshauptmann Josef Krainer wurde damals zum steirischen AK-Präsidenten ernannt. Nach dem 12. März 1938 und dem Einmarsch Hitlers in Österreich wurden auch die Arbeiterkammern beseitigt. Sofort nach der Befreiung richteten SPÖ, KPÖ und ÖVP die Arbeiterkammern wieder ein – das entsprechende Gesetz dazu wurde bereits am 20. Juli 1945 beschlossen.

Angriff von Schwarz/Blau

In der zweiten Republik war die Spitze der AK jahrzehntelang daran gewöhnt, wichtige Entscheidungen im Rahmen der Sozialpartnerschaft zu treffen. Sie baute ihre Positionen und die Privilegien ihrer Spitzenfunktionäre aus. Deshalb trafen sie die Angriffe von Schwarz-Blau im Jahr 2000 unvorbereitet. Auch die neue schwarz/blau Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm das Ziel festgeschrieben, die AK zu schwächen. Die Zerschlagung der Sozialversicherungen hat einen Vorgeschmack gebracht. Die Selbstverwaltung der Versicherten und der Einfluß von AK und ÖGB werden geschwächt. Die Versicherungen der Selbständigen bleiben unangetastet. Dasselbe hat man bei den Kammern vor. Die Wirtschaftskammer soll noch mehr Einfluss bekommen, von der Anwaltskammer oder der Ärztekammer redet niemand. Nur die AK soll zusammengestutzt werden.

Die AK ist nicht ideal. An ihr gibt es sehr viel zu kritisieren, vor allem ihre Rolle in der Sozialpartnerschaft. Jetzt braucht sie aber unsere Unterstützung. Durch eine hohe Wahlbeteiligung Und am besten durch eine Stimme für GLB-KPÖ.

Franz Stephan Parteder



WIR ★ ZIEHEN ★ NICHT ★ IN ★ EUREN ★ KRIEG

Europa wird ungemütlich



Zerfall und Streit in Europa werden immer heftiger: Die Atomwaffenverträge werden ausgesetzt, die Auseinandersetzungen immer gewalttätiger. Menschen, die sich dagegen auflehnen wie die Katalanen, die Gelbwesten in Frankreich oder die Staatsverweigerer in Österreich müssen mit Verfolgung und Gefängnis rechnen.

Aufrüstungspläne: Zwei Prozent des BPI

In dieser Situation setzt die Europäische Kommission auf Eskalation: Die Rüstungsbudgets sollen auf zwei Prozent des Brutto-Inlandsprodukts aufgestockt werden: In Österreich würde das eine Verdreifachung des Heeresbudgets bedeuten. Alle etablierten Parteien inklusive des Bundespräsidenten stehen hinter diesem Aufrüstungsplan.

AIRPOWER 2019

Ein Aspekt dieser Aufrüstungsbestrebungen ist die Flugschau von Land Steiermark, RedBull und dem Bundesheer, die 2019 erneut stattfinden soll. Trotz Korruptionsverdacht soll im Jahr 2019 wieder Geld für das kommerzielle Airpower-Spektakel verschwendet werden. Das

Land Steiermark will wie schon 2013 und 2016 Tourismusgeld in das Waffenspektakel unter der Schirmherrschaft eines Getränkeherstellers stecken. Besser wäre es, ein Zeichen für Frieden und Klimaschutz zu setzen und die Veranstaltung abzusagen.

Lärm- und Feinstaubhölle

Die Airpower macht aus dem beschaulichen Aichfeld eine Lärm- und Feinstaubhölle. Wir haben bereits in der Vergangenheit betont, dass wir die Airpower für eine Verschwendung von Staatsgeld halten. Die Präsentation von Kriegsgerät ist eine Neutralitäts- und friedenspolitische Katastrophe.

Die Kosten werden 2019 weiter steigen, die Emissionen durch Flugzeuge und erhöhtes Verkehrsaufkommen werden auch nicht weniger und es ist, wie in den letzten Jahren, damit zu rechnen, dass Kampfflugzeuge aus kriegführenden Ländern teilnehmen werden.

Trotz Rechnungshofkritik: 1,3 Millionen Steuergeld

Das Land Steiermark finanziert ein Drittel der Airpower mit Steuergeldern in der Höhe von 1,3 Mio. Euro. Die Art und Weise der Förderung der Airpower 2013 wurde vom Rechnungshof heftig kritisiert. In seinem Bericht wurde hervorgehoben: Es gab



Aktion gegen militärische EU-Zusammenarbeit. Die österreichische Neutralität ist notwendiger denn je.

keine Strategie, keine konkreten Förderziele. Die für eine Förderung nötigen Unterlagen, die jeder Förderungswerber vorlegen muss, wurden gar nicht eingefordert. Die Förderung wurde ohne Rechtsgrundlage erteilt. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt deswegen gegen mehrere Entscheidungsträger im Land.

Alle reden vom Klimaschutz. Wir tun etwas dagegen.

Das vergangene Jahr war das wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen. Turbulente Wetterphänomene häufen sich. Seit dem Jahr 2000 lag die Durchschnittstemperatur in jedem Jahr über dem Jahrhundertmittelwert. In einer Situation, in der es immer

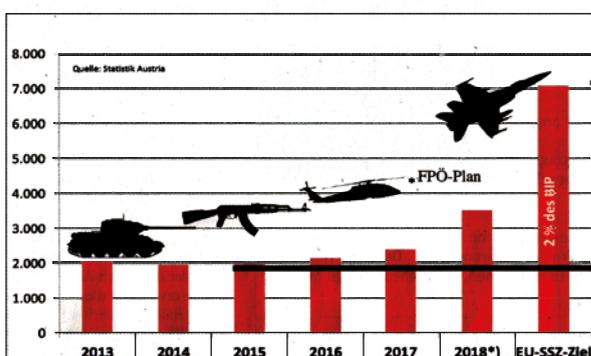
notwendiger wird, mit nachhaltiger Politik gegenzusteuern, ist die Airpower ein fatales Signal. Offensichtlich ist für die Regierenden das Werben für einen Getränkekonzern und die Rüstungsindustrie wichtiger als unser Klima und unsere Umwelt.

Miliz-Missbrauch

Verteidigungsminister Mario Kunasek sprach im ORF-Neujahresgespräch davon, dass auch Milizsoldaten einberufen werden, und es daher eine Übung sei. Milizsoldaten üben nur alle 1-2 Jahre, dabei sollten sie auf mögliche Einsätze vorbereitet werden. Die Miliz ist sicher nicht dazu da um als Security für Großveranstaltungen „missbraucht“ zu werden. Das Geld des Bundesheeres wäre besser beim Katastrophenschutz angelegt.

Egal wie man zur Airpower steht, Tage davor und danach wird die Region zur Lärmhölle. Kranke oder gebrechliche Menschen habe keine Möglichkeit davor zu fliehen. Es ist eine Zumutung eine derartige Veranstaltung in einem so dicht besiedelten Gebiet abzuhalten. Die KPÖ spricht sich dafür aus das Geld zu sparen, ein Zeichen für Umweltschutz und Frieden zu setzen und die Airpower 2019 abzusagen.

Militärausgaben in Österreich 2015 bis 2018 und EU-SSZ Ziel



5Mrd. =>

- ▶ entspricht den gesamten Ausgaben für den elementaren und primären Bildungsbereich (Kindergarten/vorschulische Förderung, Volksschule)
- ▶ dem Dreifachen der Ausgaben für die Notstandshilfe, die die neue Regierung abschaffen möchte
- ▶ den Baukosten von 30 neuen Krankenhäusern (Vergleich: Neubau des Spitals Oberwart mit 320 Betten)

Sinkende Einkommen – steigende Wohnkosten: Armut stark gestiegen

Der aktuelle Armutsbericht des Landes Steiermark liegt vor.

Schockierend: Sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen nimmt die Zahl armer Menschen in der Steiermark massiv zu. „Das kommt von den Kürzungen im Sozialbereich“, sagt Claudia Klimt-Weithaler, Landtagsabgeordnete der KPÖ.

2011 waren 126.000 Steirer von Armut bedroht, 2015 156.000. Im Jahr 2017 sind es 190.000 Personen. Die Situation bei Kindern: 2013 waren es 41.000 Kinder und Jugendliche in der Steiermark, die an oder unter der Armutsgrenze aufwuchsen. 2017 stieg diese Zahl auf 51.000 Kinder.

Zwischen Armut und hohen Wohnkosten besteht ein direkter Zusammenhang. Mieten und Betriebskosten sind die mit Abstand größten Kostenfaktoren.



Beratung in Fragen von
ARBEIT und BERUF

GLB-KPÖ

Rufen Sie an!

0677 / 612 538 99

E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-kpoe.at>

Armut ist kein Kinderspiel!

Fachtagung zur sozialen Absicherung
von Kindern und Jugendlichen

28. März 2019

KPÖ-Bildungszentrum
LAGERGASSE 98a • 8020 GRAZ

9-16 UHR

ReferentInnen:

Dr.ⁱⁿ Laura Wiesböck
Institut für Soziologie, Wien

Peter Stoppacher
Institut für Arbeitsmarkt-
betreuung und -forschung

Mag.^a Denise Schiffrer-Barac
Steirische Kinder- und Jugendanwältin

Franz Ferner
Volkshilfe Steiermark

Moderation:

Mag.^a Daniela Köck
Fachstelle für Kinder-,
Jugend- und BürgerInnen-
beteiligung

Mit einem Beitrag vom



Infos und Anmeldung: kpoe-bildungsverein.at



Menschenwürdige Arbeit ist kein Privileg!

Deshalb fordert der GLB-KPÖ:

- **Recht auf Arbeit für alle!**
- Löhne und Gehälter, von denen man leben kann:
1.700 Euro Mindestlohn!
- **Weg mit dem 12-Stunden-Tag
und der 60-Stunden-Woche!**
- Her mit der Arbeitszeitverkürzung:
35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- **Öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme**
statt Leiharbeit und Prekarisierung
- **Mieten & Betriebskosten senken!**
Gesetzliche Obergrenzen für Mieten!
- **Regionale Gesundheitsversorgung stärken
und erhalten!**
Nein zum SPÖ-ÖVP-Kahlschlag bei den Spitälern!



Wir sind keine abgehobenen Funktionäre,
sondern ganz normale Leute, die wissen, was es heißt,
mit einem Facharbeitergehalt auszukommen.



Lifte werden zur Kostenfalle

KPÖ kämpft gegen Abkassierer-Gesetz

Seit 2015 hat die Steiermark ein neues Gesetz für Lifte. In vielen älteren Wohnhäusern bedeutet das so teure Nachrüstungen, dass Betroffene in ihrer Existenz bedroht sind. Die KPÖ fordert, das Gesetz zu ändern. Doch die Landesregierung beharrt auf der Regelung, die unter fragwürdigen Umständen durchgedrückt wurde.

Von diesem Gesetz sind tausende Steirer in Miet- und Eigentumswohnungen betroffen. Viele werden mit hohen Kosten konfrontiert sein, obwohl die Lifte immer korrekt (und kostspielig) gewartet wurden. Fast die Hälfte der ca. 2400 Anlagen in der Steiermark müsste in den nächsten Jahren umfassend saniert werden. Die Kosten dafür tragen die Bewohner – ob Eigentümer oder Mieter spielt dabei keine Rolle. Wenn die Mietzinsreserve nicht ausreicht kann die Differenz auf die Miete aufgeschlagen werden.

Falsche Informationen

Von Seiten der Landesregierung wurden zahlreiche irreführende Informationen verbreitet

und falsche Zahlen genannt. So heißt es in den Erläuterungen zum Gesetzesentwurf wörtlich, dass die Kosten für Nachrüstungen „bis zu ca. € 35.000 Euro betragen“ können. In der Realität sind die Kosten aber in manchen Fällen dreimal so hoch. Und das, obwohl die Lifte zu nicht unerheblichen Kosten von je ca. 8.000 Euro jährlich (!) immer gewartet und durch den TÜV für „gut“ befunden wurden.

Änderungen bisher abgelehnt

Die Landesregierung hat Vorschläge der KPÖ, das Gesetz abzuschwächen, abgelehnt. Sie beruft sich auf eine Vorgabe der EU. Aber die zugrundeliegende „Norm“ (95/216/EG) ist nur eine unverbindliche Empfehlung aus dem Jahr 1995, kein zwingendes EU-Recht.

KPÖ-LABg. Werner Murgg: „Bei diesem Gesetz fallen viele merkwürdige Details auf. Die angeblich zwingende EU-Vorgabe existiert gar nicht. Vielmehr gewinnt man den Eindruck, dass



mit diesem Gesetz jemandem ein Gefallen getan werden soll. Wie ist es sonst zu erklären, dass sich die Landesregierung taub stellt und alle Einwände einfach ignoriert? Es ist aber noch nicht zu spät, vor Ablauf der Fristen aus den unnötigen und teuren Nachrüstungen auszusteigen und das Gesetz zu ändern. Wir werden uns gemeinsam mit den Betroffenen dafür einsetzen.“

Es muss nicht immer Pizza sein!



Rezept von
Ulrike Pendl

Kichererbsen-Braten (vegetarisch oder deftig)

Zutaten

400g Kichererbsen
Rote und gelbe Paprika
1 kleine Zucchini
1 kleine Karotte
1 kleine Zwiebel
2 bis 3 Eier
Petersilie, Salz, Pfeffer
Ev. geriebener Parmesan

Zubereitung

Kichererbsen über Nacht in reichlich Wasser einweichen. Gut durchschwemmen und ca. 1 Stunde (10 min. vor Beendigung der Garzeit Salz hinzufügen) kochen, etwas Kochwasser zurückbehalten, Erbsen pürieren. (Wenn nötig etwas Wasser dazugeben.) Paprika, Zucchini Karotte, Zwiebel klein würfeln und ca. 20. Min. in Olivenöl weichdünsten. Danach Gemüsemischung zur überkühlten Masse geben. Feingehackte Petersilie, Salz, Pfeffer und Eier (ev. Parmesan) dazugeben und gut durchmischen. Backrohr auf 180 Grad vorheizen, Masse auf ein Blech mit Backpapier stürzen und ca. 20 Min. backen. Danach in Stücke schneiden und mit Salat servieren.

Guten Appetit!

Varianten

1-2 Dosen Thunfisch zusätzlich zur Masse.
Oder Speckwürfel leicht anschwitzen und zur Masse geben. Den Braten mit Speckscheiben belegen.







**Claudia
Klimt-Weithaler**
Ihre Vertreterin im
Landtag Steiermark

**Die Familienbeihilfe sollte jährlich erhöht werden
– nicht die Parteienförderung**

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108

E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.





**KONSEQUENT
FÜR GERECHTIGKEIT!**

KURT LUTTENBERGER

GLB-Spitzenkandidat

LISTE 5  **GLB-KPÖ**

Arbeiterkammer-Wahl 2019

28. März – 10. April